

## "Zusammenfassender Bericht über den Medienaustausch" zwischen Michael Kohl und Egon Bahr

Die Verhandlungen zum 1972 geschlossenen "Grundlagenvertrag" führten Egon Bahr für die Bundesrepublik und Michael Kohl für die DDR. Die Stasi war stets in Gespräche zwischen den beiden Delegationen involviert und verfasste zahlreiche Berichte zu den Vertragsverhandlungen.

Am 21. Dezember 1972 wurde in Ost-Berlin der "Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik" unterzeichnet. Der sogenannte Grundlagenvertrag, der im Sommer 1973 in Kraft trat, war für beide Seiten ein Meilenstein und ein weiterer Schritt der Entspannungspolitik zwischen Ost und West. Der Grundlagenvertrag sollte aus der Konfrontation des Kalten Kriegs herausführen und dazu dienen, "normale gutnachbarliche Beziehungen" zwischen der Bundesrepublik und der DDR herzustellen und die Beziehung der beiden deutschen Staaten zu "normalisieren".

Die Stasi allerdings wappnete sich gegen vermeintliche Gefahren, die sich aus dem Entspannungsprozess und der deutsch-deutschen Annäherung für die DDR ergaben. Schon bei Abschluss anderer innerdeutscher Abkommen, wie dem Transitabkommen, das im Dezember 1971 unterzeichnet wurde, hatte sie die Notwendigkeit betont, den Prozess mit erhöhter Aufmerksamkeit und operativen Maßnahmen zu begleiten.

Daher war die Stasi in die Gespräche der beiden Delegationen involviert. Sie war genauestens über die Vertragsverhandlungen informiert, durch die schriftlichen Protokolle der Gespräche und auch Berichte Anwesender. In einer Dienstbesprechung im Juli des Jahres betonte Stasi-Minister Erich Mielke, dass die Verhandlungen "harter Klassenkampf" seien. Es zeige sich "die gesamte imperialistische, antikommunistische, gegen die DDR gerichtete Zielstellung des Imperialismus der BRD und der Brandt/Scheel-Regierung."

Auf bundesrepublikanischer Seite führte die Gespräche der Bundesminister für besondere Aufgaben Egon Bahr, die Leitung der DDR-Abordnung hatte auf Vorschlag von Markus Wolf der Staatssekretär im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten Michael Kohl inne. Kohl war bis 1975 als Inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Hauptverwaltung A (HV A) registriert, doch ergibt sich aus den Akten nicht eindeutig, wie weit seine Zusammenarbeit mit dem Auslandsgeheimdienst der Stasi reichte.

Der zentrale Streitpunkt war die Frage nach dem Charakter der zwischenstaatlichen Beziehungen. Die DDR-Führung verlangte die volle völkerrechtliche Anerkennung der DDR als souveränen Staat. Die Bundesregierung vertrat den Standpunkt, dass die einheitliche deutsche Nation weiter existiere und die beiden deutschen Staaten daher eine besondere Beziehung zueinander hätten. Damit hielt die Bundesregierung am grundgesetzlich verankerten Gebot der Wiedervereinigung fest. Über Monate führten die Delegationen und die beiden Verhandlungsführer zähe Gespräche, die auch die Viermächte-Zuständigkeiten, die Frage eines Friedensvertrages und praktische Regelungen wie Reiseerleichterungen, die Einrichtung neuer Grenzübergänge oder die Arbeitsmöglichkeiten von Journalisten in beiden deutschen Staaten berührten.

Über die Verhandlungen, so auch über die Vier-Augen-Gespräche zwischen Egon Bahr und Michael Kohl, sind in den Stasi-Unterlagen zahlreiche Berichte überliefert. Das vorliegende Dokument fasst ein Gespräch der beiden Unterhändler vom 28. Juni 1972 zusammen. Bahr versuchte darin unter anderem "das Element der Nation" zum Inhalt des Vertrags zu machen und die DDR vom politischen Ziel der Wiedervereinigung zu überzeugen.

---

**Signatur:** BArch, MfS, Rechtsstelle, Nr. 120, Bd. 2, BL. 50-55

---

### Metadaten

Datum: 29.6.1972

Rechte: BStU

**"Zusammenfassender Bericht über den Medienaustausch" zwischen Michael Kohl und Egon Bahr**

VME/ 987 1/2 Persönlich  
29. JUNI 1972 streng geheim 15 Exemplare zu 6 Blatt  
4. Exemplar zu Blatt  
+ 8 2. Auflage  
EL 1103/72 000350

Zusammenfassender Bericht über den Meinungsaustausch zwischen  
Genossen Staatssekretär Dr. Kohl und Staatssekretär Bahr am  
28. Juni 1972 in Berlin

---

1. Entsprechend Direktive schlug Genosse Dr. Kohl einleitend vor, nunmehr in Sachverhandlungen zum Vertragsentwurf der DDR einzutreten und zunächst mit den Punkten zu beginnen, in denen sich eine Übereinstimmung oder Annäherung der Standpunkte abzeichnet. Dabei sollten nach Möglichkeit bereits Formulierungen festgehalten werden.

Gen. Dr. Kohl unterbreitete in diesem Zusammenhang den Zusatzvorschlag, die Begriffe "Selbstbestimmung" und "Menschenrechte" in den Vertrag aufzunehmen, wenn die BRD bereit ist, die Prinzipien der friedlichen Koexistenz in ihrer Gesamtheit zu bekräftigen, insbesondere das Prinzip der souveränen Gleichheit aller Staaten und der Nichteinmischung.

Gen. Dr. Kohl betonte ausdrücklich, daß der Vorschlag der DDR, sich auf die Erörterung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen zu konzentrieren, nicht bedeutet, daß die DDR von ihren Vorschlägen abrückt, sofort diplomatische Beziehungen aufzunehmen und alle notwendigen Schritte einzuleiten, um schnellstmöglich die Mitgliedschaft der DDR und der BRD in der UNO zu erlangen. Die DDR werde im Rahmen der Verhandlungen darauf zurückkommen.

**"Zusammenfassender Bericht über den Medienaustausch" zwischen Michael Kohl und Egon Bahr**

- 2 -

BS:U  
000051

2. Im weiteren kam es zu einer längeren Auseinandersetzung über den Vorschlag der DDR, den Meinungsaustausch nunmehr in Verhandlungen überzuleiten. Es wurde deutlich, daß Bahr selbst diese an sich formelle Frage auszunutzen versucht, um die DDR noch vor dem Beginn von Verhandlungen zu Zugeständnissen an die Konzeption der "besonderen" Beziehungen zu veranlassen. In diesem Sinne erklärte er, der bisherige Stand der Gespräche reiche nicht aus, um Verhandlungen zu beginnen. In folgenden Fragen habe die DDR noch keine befriedigende Antwort gegeben:

- Bezugnahme auf die "Nation",
- Recht~~z~~ der vier Mächte,
- konkreter Inhalt der Normalisierung (d. h. Stellungnahme zu den von Bahr am 22. Juni vorgetragenen 13 Punkten zu Sachfragen).

Über diese drei Komplexe müsse mindestens im Prinzip eine Einigung möglich erscheinen, ehe er der Regierung der BRD die Aufnahme von Verhandlungen vorschlagen könne. Bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge würde sie noch kein "grünes Licht" für Verhandlungen geben. Im folgenden schränkte Bahr diese ultimatischen Forderungen ein wenig ein, siehe hierzu im folgenden unter Punkt 7.

Es sei eine mögliche Methode, schwierige Probleme zunächst offenzulassen. In dem konkreten Fall gehe es aber darum, daß viele von der DDR aufgeworfene Fragen mit den erwähnten offenen Problemen zusammenhängen, z. B. das Prinzip der souveränen Gleichheit und das Prinzip der friedlichen Koexistenz. Wenn das Prinzip der friedlichen Koexistenz

**"Zusammenfassender Bericht über den Medienaustausch" zwischen Michael Kohl und Egon Bahr**

- 3 -

B-50  
000052

den ausschließlichen Kern bilden solle, auf den sich das Verhältnis DDR-BRD reduziere, so sei das für die BRD nicht annehmbar. Das Prinzip der souveränen Gleichheit könne in den Beziehungen DDR-BRD nur Platz greifen, wenn die beiden Staaten ihr Verhältnis "in Respekt vor ihren Verfassungen und den Rechten der vier Mächte" regeln.

3. Eigentlicher Kernpunkt der Ausführungen Bahrs war das Problem "Nation". Dabei wurde erneut der Versuch deutlich, die DDR mit allen Mitteln zu einem Entgegenkommen hinsichtlich des "besonderen" Verhältnisses zu veranlassen.

Der wesentliche Inhalt der Ausführungen Bahrs zu dieser Frage war:

Diese Frage sei von elementarer Bedeutung für die BRD hinsichtlich der Erfolgsaussichten der Verhandlungen. Im Prinzip müsse eine Verständigung über die Notwendigkeit erfolgen, daß das Element der Nation zum Inhalt des Vertrages gehöre. Der Vertrag dürfe nicht den Charakter eines Teilungsvertrages erhalten. Mit dem Verweis auf frühere Dokumente der DDR (u. a. Nationales Dokument von 1962, Verfassung von 1968) versuchte Bahr erneut nachzuweisen, daß sich auch die DDR auf die Nation beziehe und die Wiedervereinigung als wichtiges Ziel ihrer Politik betrachte. Auch sie gehe davon aus, daß es sich um zwei Staaten einer Nation handle.

Wenn die DDR heute einen Bruch in diesen Auffassungen vollziehen würde, wäre das ein Schritt von elementarem Gewicht mit großen internationalen Auswirkungen. Dann habe es wenig Sinn, hier weiter zu sprechen. Dann wären die Voraussetzungen für die "neue" Politik der Regierung der BRD verändert, die ihren Niederschlag in den Abmachungen mit der Sowjetunion

**"Zusammenfassender Bericht über den Medienaustausch" zwischen Michael Kohl und Egon Bahr**

- 4 -

BSU  
000053

nicht zuletzt in den Absichtserklärungen, gefunden habe. Eine prinzipiell negative Antwort der DDR in der Frage der Nation würde weitreichende Fragen aufwerfen.

Gen. Dr. Kohl wiss darauf hin, daß für die Politik der DDR auch in dieser Frage die Beschlüsse des VIII. Parteitages der SED maßgebend seien. Daran solle sich die BRD halten. Die DDR orientiere sich nicht an Wunschvorstellungen, sondern an dem, was real existiert. Im übrigen verwies er auf frühere ausführliche Stellungnahmen zu diesem Problem.

4. Was die Fragen der besonderen Erwähnung von 4-Mächte-Zuständigkeiten im Vertrag anlangt, trat Bahr vor allem im Gespräch mit Gen. Winzer etwas zurückhaltender auf als bei den vorausgegangenen Begegnungen.

Er deutete an, daß bei einer gewissen Modifizierung des Artikels 9 unseres Vertragsentwurfes die BRD das Problem als "lösbar betrachte."

In dieser Richtung dürfte auch eine der Schlußbemerkungen Bahrs in der öffentlichen Verhandlung zu verstehen sein, daß "noch mindestens 2 Komplexe" grundsätzlich geklärt werden müßten. Aus dem Zusammenhang ergibt sich, daß unter diesen "mindestens 2 Komplexen" die Frage der Nation und die Frage einer "Ausfüllung" des Artikels 8 unseres Vertragsentwurfes im Sinne der 13 Punkte Bahrs zu verstehen ist.

5. Bahr stimmte schließlich zu, sich weiter mit den Punkten für einen Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zu befassen. Dazu schlug er, anknüpfend an seine Darlegungen am 21. Juni 1972, einige neue Formulierungen vor (Anlage), in denen der bekannte Standpunkt der BRD präzisiert wird. Zum Teil gibt es das Bemühen, sich Formulierungen der DDR anzunähern, z. B. in der Frage der Nichteinmischung. Die BRD-Seite akzeptiert nunmehr auch die Anwendung der Grundsätze der UNO-Charta auch im bilateralen Verhältnis DDR-BRD.

**"Zusammenfassender Bericht über den Medienaustausch" zwischen Michael Kohl und Egon Bahr**

- 5 -

BS:U  
060054

6. Im Zusammenhang mit den internationalen Beziehungen der DDR und der UNO-Aufnahme erklärte Bahr, die drei Mächte hätten in dieser Woche der Regierung der BRD offiziell mitgeteilt, sie legten unverändert entscheidenden Wert darauf, daß die Regierung der BRD im Hinblick auf die internationalen Organisationen ihre Haltung nicht verändere. Sie solle sich im klaren sein, daß der Beitritt beider Staaten in die UNO eine vereinbarte Erklärung der vier Mächte über ihre Rechte voraussetzt.

7. Insgesamt wurde deutlich, daß die BRD versucht, die Frage der Nation zum Hauptschwerpunkt ihrer Verhandlungsführung zu machen.

Angesichts der klaren Zurückweisung der diesbezüglichen Forderungen der BRD sah sich Bahr im Verlauf der Verhandlungen am 28. 6. allerdings zu einer gewissen Korrektur hinsichtlich des weiteren Vorgehens der BRD veranlaßt. Während er es am Vormittag noch strikt ablehnte, überhaupt Verhandlungen aufzunehmen, solange nicht Einvernehmen darüber bestehe, daß auf die Wiedervereinigung der Nation im Vertrag bezug genommen wird, gab er am Nachmittag zu verstehen, daß die BRD vielleicht auch die Verhandlungen beginnen würde, wenn klar sei, daß dann das Thema der Nation weiter erörtert werden könne.

Die Frage blieb letztlich offen.

Gen. Dr. Kohl erklärte, daß die DDR heute und auch am 2. August bereit ist, ausgehend von unserem Vertragsentwurf die Sachverhandlungen über einen Vertrag über die Grundlagen der Beziehung zwischen der DDR und der BRD zu beginnen, und daß alle Voraussetzungen hierfür gegeben sind.

**"Zusammenfassender Bericht über den Medienaustausch" zwischen Michael Kohl und Egon Bahr**

- 6 -

BStU  
000055

8. Es wurde vereinbart, das nächste Treffen am 2./3. August 1972 in Bonn durchzuführen. Im folgenden sollen die Gespräche im 14-Tage-Rhythmus stattfinden.